

Stellungnahme Umgestaltung der verkehrlichen Situation in der Schwetzinger Nordstadt

Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Schwetzingen soll verkehrstechnisch in vielen Varianten angepasst werden. Nicht nur Fahrradstraße oder Umgestaltung der Karlsruher Straße, sondern auch die Nordstadt hat so ihre Probleme.

Aus diesem Grund wurde nach diversen Begehungen in der Nordstadt ein Antrag durch die SPD-Fraktion eingebracht, in welchem eine Machbarkeitsstudie seitens der Verwaltung gewünscht und erwartet wird.

Dieser Meinungsbildungsprozess, welcher auch mit Bürgerbefragungen gekoppelt werden soll, spiegelt sich in nachfolgenden Fakten wieder:

Die Radwegsituation ist ja durch Tempo 30 – Zone in Verbindung mit der StVO geklärt, d.h. rein rechtlich ist alles im grünen Bereich. Es gibt keine Unfallschwerpunkte. Wenn notwendig sollte man über Geschwindigkeitskontrollen nachdenken.

Der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen, wird nach der entsprechenden Finanzlage möglich werden.

Die Öffnung der Ausfahrt der Friedrich-Ebert-Str. in die Walter- Rathenau-Straße macht Sinn, es muss jedoch abgewartet werden, bis der Abriss bzw. der Neubau der Wohnblöcke in der W.-R-Str. vonstatten gegangen ist. In Kombination mit der Neubebauung wäre dies durchführbar.

Die Errichtung einer 2. Ausfahrt aus der Nordstadt auf die Friedrichsfelder Str., könnte auch kombiniert mit dem Rettungsnotweg für die Feuerwehr, der ja nur geschottert ist, ins Auge gefasst werden. Außerdem könnte die Verbindung Sudetenring zur Grenzhöfer Str., nach Fertigstellung des Neubaus an der Comeniusschule, auf die notwendig gebrachte Fahrbahnbreite, als eine weitere Zu- und Ausfahrt aus der Nordstadt, zumindest auch als Rettungsnotweg mit der entsprechenden Beschilderung vorgesehen werden.

Speziell wegen der Parkplatzsituation in der Nordstadt kann nur durch gezielte, schwerpunktmäßige Kontrollen, seitens des GvD das zu erwartende Ziel erreicht

werden. Hierbei sind vor allem die Gehwegparker im Bereich der Nordstadtschulen gemeint.

Alles in allem zeigt, dass es absolut notwendig ist, die o.a. bereits zitierte Machbarkeitsstudie in Verbindung mit einem Bürgerbeteiligungskonzept in einer Bürgerveranstaltung umzusetzen.

Für die SPD-Fraktion
Hans-Peter Müller